

Bezirksverordnetenversammlung spricht sich gegen die geplanten Schulsanierungs-GmbHs aus



In der Juli-BVV fanden mehrere Anträge der Linken eine Mehrheit. So wurde ein Antrag angenommen, der das Bezirksamt auffordert, sich für einen festen Drogenkonsumraum in Neukölln einzusetzen. Sowohl die AnwohnerInnen, als auch die KonsumentInnen, werden durch so eine Einrichtung von den schlimmsten Begleiterscheinungen des Konsums illegaler Drogen geschützt.

Auf Antrag der LINKEN wird der Bezirk am Werner-Seelenbinder-Station die Grabstätte von Werner Seelenbinder wieder in Ordnung bringen. Zudem soll in Zukunft auch eine Tafel über das Leben des deutschen Ringermeisters und kommunistischen Widerstandskämpfers informieren. Fast nebenbei wurden zwei weitere Gebiete in Neukölln unter Milieuschutz gestellt. Hier zeigt sich, wie erfolgreich die Kampagne für den Milieuschutz ist. DIE LINKE fordert, dass mehr Personal eingestellt wird, damit die Einhaltung tatsächlich kontrolliert werden kann.

Sehr kontrovers wurde darüber diskutiert, ob sich der Bezirk auf Antrag der LINKEN gegen das sogenannte Berliner Neutralitätsgesetz einsetzen soll. Dieses Gesetz verbietet es, in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes Bewerber*innen einzustellen, die das muslimische Kopftuch, eine jüdische Kippa oder ein Jesuskreuz tragen. In seiner Rede ordnete Ahmed Abed die Entstehung des Gesetzes ein. Seit den Anschlägen in New York

und den darauf folgenden Militärinterventionen wurden Muslime im Westen zunehmend zu Sündenböcken gemacht. In der Praxis werden vor allem muslimische Frauen durch das sogenannte Neutralitätsgesetz diskriminiert. Es hat dazu geführt, dass auch im Alltag die rassistische Diskriminierung von Muslimen zugenommen hat. Während DIE LINKE und einzelne Grüne für den Antrag stimmten, lehnte die Mehrheit den Antrag ab.

Die wichtigste Diskussion fand zu den Plänen des Senates statt, Schulbaugesellschaften zu gründen und damit einerseits die bezirklichen Schulbauämter weiter zu entmachten und eine Teilprivatisierung vorzunehmen. Der Senat will durch die Gründung einer GmbH den Sanierungsstau an den Schulen abbauen und auch Neubauten vorantreiben. Das geht allerdings an den realen Problemen vorbei. Stattdessen sollten die bezirklichen Hochbauämter gestärkt werden. Durch den Sparkurs der letzten Jahre fehlt hier das Personal um Sanierungs- und Neubauvorhaben schnell voranzubringen. Durch die Auslagerung in eine GmbH gehen demokratische Einflußmöglichkeiten verloren. Zudem kann der tatsächliche Privatisierungsschritt dann viel einfacher erfolgen. Nach der Diskussion stimmten alle Verordneten, mit Ausnahme der FDP, für einen Antrag von SPD und LINKEN, der sich gegen die Pläne ausspricht.

Kontakt:

Mail:
linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de

Während der Bürozeiten:
Tel.: 030/90239-2003

Fraktionsgeschäftsführer:
Moritz Wittler

Öffnungszeiten:

Das Büro der Fraktion im Rathaus (Raum A 307) ist montags von 14-20 Uhr und freitags von 10-14 Uhr geöffnet. In der Zeit zwischen dem 21.07. und dem 04.09. bleibt das Fraktionsbüro wegen Urlaub geschlossen.

Termine:

04.09.2017 um 17:30 Uhr:
Fraktionssitzung im Büro der Fraktion im Rathaus

06.09.2017, 17:00 Uhr:
Sitzung der BVV im Rathaus

Fraktion DIE LINKE Neukölln zum Antrag gegen die geplanten Schulsanierungs-GmbHs

Der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung hat einen Antrag (Drucksache 0252/XX) verabschiedet, der das Bezirksamt auffordern, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Bezirke bei der Durchführung von Schulsanierungs- und Schulneubaumaßnahmen federführendes und organisatorisch ausführendes Organ bleiben und die bezirkliche Zuständigkeit für die Schulgebäude und die Schulentwicklungsplanung unangetastet bleibt. Abgelehnt wird darin die Gründung von so genannten Sanierungs-GmbHs.

DIE LINKE in der BVV Neukölln sieht in der geplanten Bildung von Schulsanierungs-GmbHs für jeweils drei Bezirke in einer privatrechtlichen Rechtsform eine Auslagerung weiterer Kernaufgaben der Bezirke.[...] Hier entstünde eine zusätzliche Parallelstruktur, ohne wirkungsvolle Kontrolle durch Schüler, Eltern und Lehrern und ohne Mitsprache der gewählten VertreterInnen der Bezirksverordnetenversammlungen. Wenn bei der HoWoGe eine privatrechtliche Gesellschaft für den Schulneubau geschaffen wird, entsteht die Gefahr, dass die neugebauten Schulen aus der Trägerschaft der Bezirke herausfallen und in den Besitz der neuen Gesellschaft übergehen. [...] Bei einer anderen politischen Zusammensetzung des Senats entstünde die Gefahr, dass die neuen Schulliegenschaften weiterverkauft werden, denn die Bezirke sind nur noch Mieter.

DIE LINKE in der BVV Neukölln sieht in den Sanierungs-GmbHs eine Öffnung für mögliche Privatisierungen bei den Schulen. Das Konzept, diesen Weg zur Umgehung der Schuldenbremse zu gehen, lehnt DIE LINKE in der BVV Neukölln ab. Die Schuldenbremse ist grundsätzlich falsch und gehört abgeschafft. [...]

Statt die Funktion der Bezirke weiter zu schwächen, tritt die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln für finanziell und personell ausreichend ausgestattete bezirkliche Hochbauämter ein, die die Aufgaben der Sanierung und Instandhaltung der Schulen, und bei Bedarf den Neubau, gestemmt bekommen.



Einwohneranfragen:

Zu Beginn der Juli-BVV gab es verschiedene Bürgeranfragen: Zu dem rechtswidrigen Hosteltbetrieb in der Weserstraße, zu den Sanierungsvorhaben der DEGEWO in der Krugpfuhsiedlung und von dem Gemeinschaftsgarten Prachttomate, dessen Fortbestand durch die Kündigung des Pachtvertrages bedroht ist.

Einwohneranfragen können von allen Einwohnern gestellt werden. Es können zwei Fragen gestellt werden, während der Sitzung ist eine Nachfrage möglich. Der Inhalt der Fragen sollte sich auf Angelegenheiten beziehen, die vom Bezirksamt geregelt werden. Die Fragen müssen zehn Tage vor der jeweiligen Sitzung im Büro der BVV eingehen.

Unsere Einreichungen zur Juli-BVV:

Große Anfrage: Räumung Friedelstr. 54

Große Anfrage: Kompetenz bei Schulbau und Schulsanierung im Bezirk stärken

Antrag: Ersatzstandort Kiezladen Friedelstr. 54

Antrag: Suchthilfe ausbauen

Antrag: Rahmenbedingungen für inklusive Beschulung schaffen

Antrag: Öffentlich-rechtliche Informationssender für Meinungsvielfalt statt privatem Nachrichtensender im Bezirk

Antrag: Kinderschutz bei dem Patenschaftsprojekt für Kinderspielplätze

*Mündliche Anfrage: Parken wichtiger als Schutz von Radfahrer*innen?*

Die Fraktion freut sich immer über neue Mitstreiter. Gerne werden Anregungen für parlamentarische Initiativen aufgenommen. Umseitig finden sich Kontaktdaten und die Termine der öffentlichen Fraktionssitzungen. Interessierte sind herzlich willkommen.

VisdP: Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln, Moritz Wittler